Hans Christian Nissen 1933–1945: Widerstand, Verfolgung, Emigration, Anpassung

I. Der Weg in die Illegalität

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten, die durch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 eingeleitet wurde, bedeutet eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wie kein anderes Datum. Zum einen erwies sich die Arbeiterbewegung als unfähig zum spontanen wie massenhaften Widerstand gegen die Katastrophe und mußte in der Folgezeit nicht nur grausame Repressionen und bitterste Erfahrungen erleiden, sondern auch mit dem Trauma des Versagens 1932/33 fertigwerden. Zum anderen wurde 1933 die traditionelle Subkultur der Arbeiterbewegung zerschlagen; eine Subkultur, die als spezielles soziales Milieu das ganze Leben der Arbeiterfamilien umfaßte – vom Konsumverein bis hin zum Arbeitersport – und die nach 1945 nur noch partiell wiederbelebt werden konnte.[1]

Insbesondere die Sozialdemokratie war auf Widerstandsaktionen nicht vorbereitet. Die riesige Diskrepanz zwischen dem sozialistischen Programmanspruch und der Tagespolitik der SPD Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre hatte die größte und älteste Linkspartei innerlich aufgerieben und bis zur Handlungsunfähigkeit geschwächt. Der unsägliche Grabenkampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hatte jede warnende Faschismusanalyse überdeckt und die deutsche Arbeiterbewegung schier unüberwindbar gespalten. So war sie bis zur Lähmung zerstritten auch in den historischen Situationen, wo sie mit ihrer ganzen Kraft gefordert gewesen wäre: Nach dem Staatsstreich Papens gegen die Regierung Braun/Severing in Preußen im Juli 1932 und im Januar/Februar 1933, der „Machtergreifung" durch die Nationalsozialisten. Während die Kommunisten zum Generalstreik aufriefen, sahen Führung von ADGB und SPD in der *„legalen Fassade"* „der Machtergreifung" *„keine Ansatzpunkte zur entscheidenden Gegenwehr, sondern eher den Vorwand zu Legalitätsillusionen."*[2] So betonten SPD-Vorstand und Reichstagsfraktion in einem Aufruf vom 31. Januar 1933: *„Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung."* Den zum Kampf bereiten Teilen der eigenen Basis, besonders den jungen Aktivisten in der Eisernen Front, riet man zu *„Einigkeit"*, *„Kaltblütigkeit"* und *„Disziplin"*. So hieß es im gleichen Aufruf, daß

„undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust . . . der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen"

würde[3]. Das Vertrauen auf einen Rechtsstaat, der schon in all den Jahren zuvor seine Parteilichkeit zu Gunsten der politischen Rechten bewiesen hatte und an dessen Prinzipien sich der politische Gegner in keiner Weise gebunden fühlte, spiegelte die Konzeptionslosigkeit und Ohnmacht der Sozialdemokratie wider. Die Kapitulation vollzog sich quasi kampflos.

In Schleswig-Holstein stellte sich die neue politische Situation nach dem 30. Januar 1933 als besonders schwierig dar. Die Nationalsozialisten verfügten in Schleswig-Holstein schon vor 1933 über eine gute politische Infrastruktur mit diversen Bürgermeistern, Kreispräsidenten und einer starken Verankerung gerade in der ländlichen Bevölkerung. Die "braune Hochburg„

[1] Joseph Rovan, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Frankfurt, 1980, 157

[2] Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1948–1983 Frankfurt 1983, 154

[3] Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung Düsseldorf/Köln 1980, 242

Ein Wahlplakat der SPD zur Reichstagswahl am 5. 03. 1933. Das Plakat widerspiegelt keine Siegeszuversicht, eher das Gegenteil: Der typisierte Arbeiter wirkt außerordentlich hilflos. Hilflos, wie die SPD sich fühlte.

Schleswig-Holstein machte sich schon an den Wahlergebnissen von 1932 fest: Landtagswahlen in Preußen, April 1932: NSDAP in Schleswig-Holstein 50,8 % (in Preußen gesamt 36,3 %); Reichstagswahlen im Juli 1932: NSDAP 52,7 % (Dt. Reich 37,2 %) – regelmäßig 12–15 % über dem Landes-/ Reichsergebnis! Nahezu entsprechend schwächer waren die Stimmenergebnisse von SPD und KPD. Zudem war Schleswig-Holstein mit seiner ländlich-kleinstädtischen Struktur von vornherein sehr ungünstig für Widerstandsaktionen. Denn in den Dörfern und Kleinstädten, wo jeder jeden kannte, überwachte und kontrollierte, war Widerstand – ganz gleich in welcher Form – um einiges schwieriger als in den anonymisierten Verhältnissen von Großstädten wie z. B. Berlin, Hamburg oder Dresden. Waren Repressionen gegen kommunistische, sozialdemokratische, zum Teil auch gegen bürgerliche Politiker in braunen Hochburgen wie Eutin[4] oder Kaltenkirchen auch schon vor dem 30. Januar 1933 an der Tagesordnung, so überzogen sie nun das Land bis hin zum offenen politischen Terror.

[4] L. D. Stokes, Sozialdemokratie kontra Nationalsozialismus in Eutin 1925 bis 1933. Demokratische Geschichte I

Unter dem Eindruck dieses politischen Klimas, das sich von Behinderungen bei der Mandatsausübung über Hausdurchsuchungen und individuellen Gewalttätigkeiten bis hin zu Verhaftungen erstreckte, lösten sich eine Reihe von Ortsvereinen und örtlichen Gewerkschaftsgruppen auf. Protestaktionen größeren Umfangs, wie am 10. Februar 1933 in Elmshorn mit 3500 und am 19. Februar in Lübeck mit annähernd 15000 Menschen, waren unter diesen Umständen nahezu Ausnahmeerscheinungen. Der staatlich organisierte Terror und die massive Beschneidung der demokratischen Grundrechte bekamen einen Tag nach dem mysteriösen Reichstagsbrand, am 28. Februar 1933 mit der Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat" durch Hindenburg, eine rechtliche Grundlage, die die letzten Legalitätsillusionen eigentlich hätten wie Seifenblasen zerplatzen lassen müssen. Am gleichen Tag mußte in Kiel die sozialdemokratische „Volkszeitung" endgültig ihr Erscheinen einstellen. Damit war der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein die letzte Möglichkeit genommen, legale journalistische Aufklärungsarbeit zu leisten; die zahlreichen illegalen Flugschriften konnten natürlich nicht annähernd so viele Leute ungefährdet erreichen. Eine der letzten Meldungen in der „Volkszeitung" beklagte ein frühes Todesopfer des Naziterrors: Am 26. Februar war in Harrisleefeld bei Flensburg der Reichsbanner-Mann Julius Zehr von einem Nationalsozialisten erschossen worden.

Die letzten Hoffnungen auf eine Korrektur der politischen Verhältnisse durch die Reichstagswahlen am 05. März 1933 zerschlugen sich: Die innenpolitische Situation verzerrte das Wahlergebnis zur Manipulation durch Terror. Zwar verfehlte die NSDAP die angestrebte absolute Mehrheit im Reich deutlich (43,9 %, in Schleswig-Holstein 53,5 %) und die SPD erlebte keinen Einbruch (18,3 %, in Schleswig-Holstein sogar 22.3 %), doch brachte die Wahl der Koalition aus Nationalsozialisten und Erzkonservativen/Reaktionären die parlamentarische Mehrheit im Reichstag.[5] Im Anschluß an diese letzte – bei aller Einschränkung – einigermaßen repräsentative Reichstagswahl, überschlugen sich die Ereignisse in Kiel, beginnend mit dem Mord an Dr. Spiegel – vielleicht symbolhaft für den laufenden Mord an der Demokratie von Weimar:

„In der Nacht zum 12. 03. 33 um 1.30 Uhr wurde an der Tür des Hauses Forstweg 42 energisch geklingelt. Dort wohnte der Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Spiegel, der als Strafverteidiger und Kommunalpolitiker der SPD einen Namen hatte. Frau Spiegel öffnete ein Fenster und sah vor der Haustür zwei Männer stehen, von denen einer eine SA-Uniform trug. ‚Aufmachen, Hilfspolizei!' Von Angst gepackt versuchte Frau Spiegel ihren Mann zu bewegen, nicht aufzumachen. Aber Spiegel ging hinunter, öffnete und bat die beiden späten Besucher, ihm ins Arbeitszimmer zu folgen. Nach wenigen Schritten fiel ein Schuß. In den Hinterkopf geschossen, brach Dr. Spiegel zusammen. Die Mörder entflohen."[6]

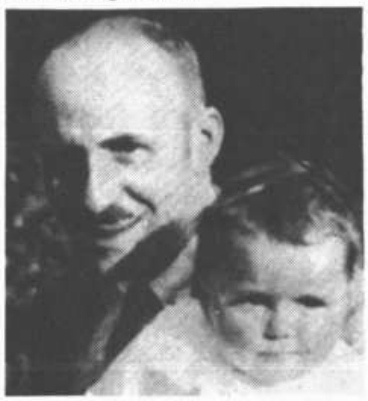
Am gleichen Tag kam es auch zu Verhaftungen zahlreicher führender Sozialdemokraten, u. a. Stadtrat Wilhelm Schwei-

[5] Tabellen Manuskript Hoch, Seite 277

[6] AK Asche-Prozeß, Kiel – Antifaschistische Stadtrundfahrt Begleitheft Kiel, 1983, 16

Wilhelm Spiegel, langjähriger Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der SPD im Kieler Rathaus, jüdischer Herkunft, Rechtsanwalt und Jahrzehnte Vertreter von Arbeitern und Sozialdemokraten: Am 12. 03. 1933 wird er in seinem Haus von SA-Mitgliedern ermordet.

Julius Leber, Mitglied des Reichstages von 1924–1933 und Vorsitzender der Lübecker SPD, als Mitglied des Widerstandringes „Kreisauer Kreis" vor dem „Volksgerichtshof" 1944: Im Januar 1945 im Zuchthaus Berlin-Plötzensee wird er hingerichtet.



Fritz Sollmitz – Schriftleiter des ehemaligen Lübecker Volksboten, Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. Er wurde bereits 1933 im Konzentrationslager Fuhlsbüttel in den Tod getrieben.

zer, Karl Ratz, Redakteur Dr. Weniger, sowie zu Wohnungsdurchsuchungen bei Wilhelm Verdieck und Richard Hansen. Die Gestapo überführte einen Teil der in „Schutzhaft" Genommenen bereits einen Tag später, am 13. März, ins Konzentrationslager Oranienburg. SA-Trupps besetzten das Gewerkschaftshaus in Kiel, nachdem Tage zuvor bereits das Lübecker Gewerkschaftshaus als erstes im Reichsgebiet von SA-Schergen gestürmt worden war. Die schleswig-holsteinische Bezirksleitung der SPD wurde nach Hamburg verlegt und von R. Hansen und W. Verdieck bis Ende Mai teilweise in einer Privatwohnung aufrechtgehalten. Sie organisierten von hier aus ein Verbindungsnetz von Ortsvereinen und Kreisvereinen, das sie in ihrer beruflichen Eigenschaft als Handelsvertreter problemlos bereisen konnten.

Am 23. März 1933 wurde in Berlin der Lübecker Reichstagsabgeordnete Julius Leber auf dem Weg zur Debatte um das von den Nationalsozialisten zur endgültigen Etablierung ihrer Macht angestrebte Ermächtigungsgesetz verhaftet. Er war einer von 19 sozialdemokratischen Abgeordneten, die aufgrund von Verhaftungen dieser entscheidenden Debatte fernbleiben mußten. Trotz dieser Situation offenbarte sich in der Rede des Parteivorsitzenden Otto Wels neben Größe auch die eklatante Fehleinschätzung des neuen Regimes in dem Vergleich des Hitler-Deutschlands mit dem Bismarckschen Reich.

„Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus . . . Das Sozialistengesetz hat die deutsche Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen . . ."[7]

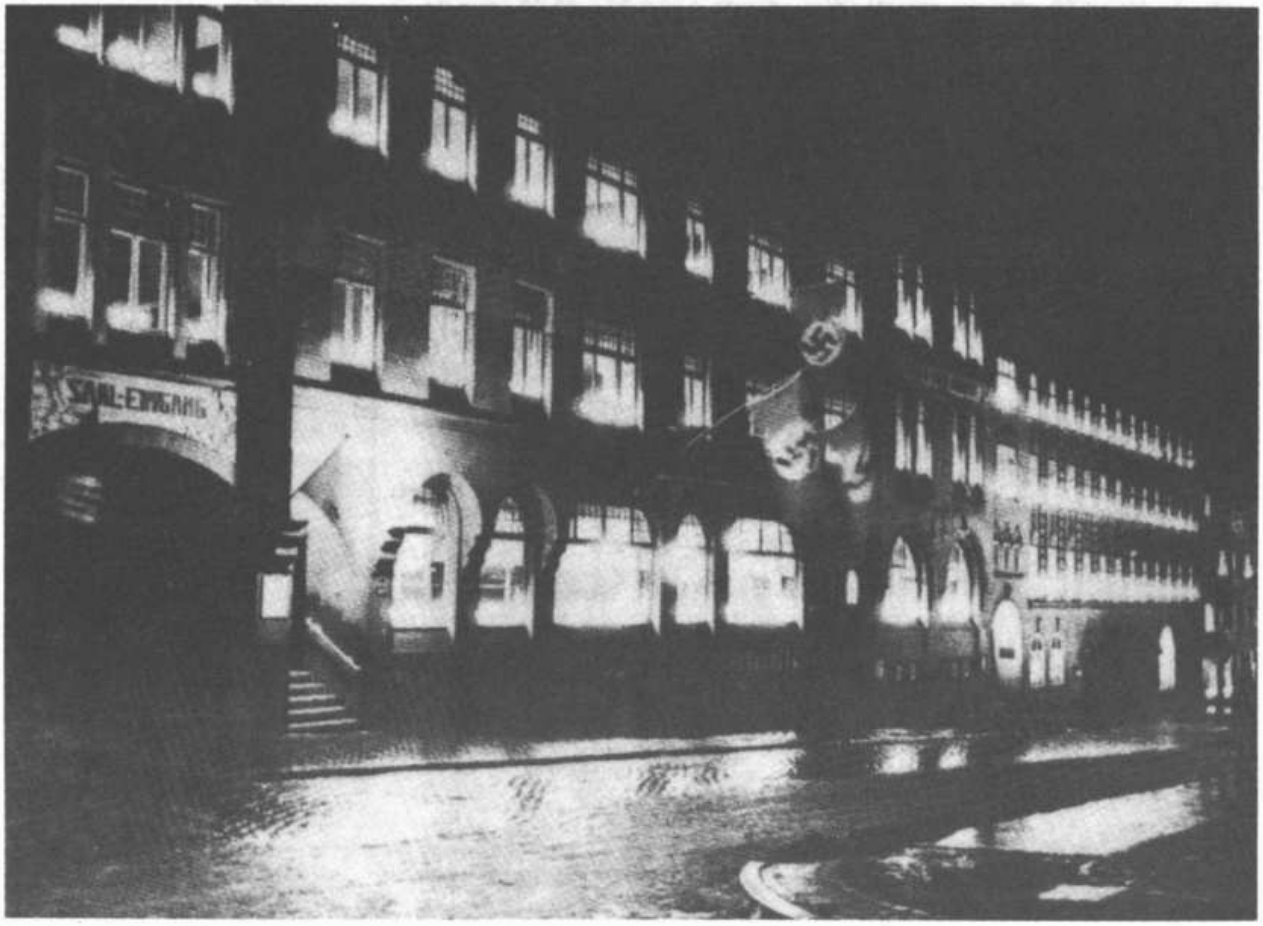
Als einzige der anwesenden Reichstagsfraktionen (die Mandate der verbotenen und verfolgten KPD waren per Präsidialverordnung für ungültig erklärt worden) stimmte die sozialdemokratische Fraktion in der öffentlichen wie namentlichen Abstimmung mit „Nein". Ein wichtiges und mutig begründetes „Nein" – waren doch nur einer der Reichstagsfraktionen Werte wie Freiheit und Humanität mehr wert als Lippenbekenntnisse in Schönwetterzeiten. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in Anschluß an die Debatte, in dem sie für die Freilassung der politischen Inhaftierten eintrat, wurde von den anderen Fraktionen einstimmig zurückgewiesen. Nach diesem Triumph Hitlers war den Führungen von SPD und ADGB klar, daß politisch nichts mehr zu retten war. Nun galt es vielmehr, die Organisationen zu retten und auf den baldigen Zusammenbruch des NS-Regimes zu hoffen.

Doch zum staatlichen Terror kam mit dem 26. März 1933 die massenhafte soziale Repression: Nazigegner wie Sozialdemokraten und Juden (aus rassischen Gründen) wurden nach dem Erlaß des Reichsinnenministeriums in den folgenden Wochen massenhaft aus den öffentlichen Diensten entlassen. Auch in

[7] Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn, 1973, 214 ff.

Das Kieler Rathaus im Kontext der „Machtergreifung" 1933.

vielen Betrieben kam es zu „Säuberungen" – zu Entlassungen kommunistischer wie sozialdemokratischer und gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer. Diese Schwächung der Arbeiterbewegung in Behörden und Betrieben wurde begleitet von Vereinnahmungstendenzen, die sich vor allen Dingen an der Übernahme von Symbolen der Gewerkschaften und der Herabwürdigung des 1. Mai zur nationalsozialistischen Staatsveranstaltung festmachen ließen. Allerdings machte der ADGB es den Nationalsozialisten mit seinen Anpassungsversuchen zur Rettung seiner Organisation auch sehr leicht. So rief der ADGB-Reichsvorstand seine Mitglieder zur Beteiligung an den NS-Maifeiern auf – ganz im Kontext seiner am 9. April ausgegebenen Erklärung an die NS-Regierung:



Das Kieler Gewerkschaftshaus am 2. Mai 1933: in Nazihand.

„Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor an, daß ihre eigene Bewegungsfreiheit ihre Grenzen finden muß an dem höheren Recht des Staates als Repräsentant der gesamten Volksgemeinschaft . . .“ und *„. . . erklärt sich der ADGB bereit, die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates zu stellen.“*[8]

Die Quittung für die Illusionen kam mit der reichsweiten Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933.

Die schleswig-holsteinische Bezirksleitung der SPD beschränkte sich in den letzten Wochen der halblegalen Existenz auf die Verbringung gefährdeter Politker wie z. B. Rudolf Hilferding ins dänische Exil; dies nicht zuletzt mit tätiger Hilfe der dänischen Sozialdemokraten. Veranstaltungen waren ab Mitte März praktisch nicht mehr durchführbar. Am 26. Mai wurden Verdieck, R. Hansen und Haberlandt nach Sitzungen in Ekkernförde, Schleswig und Flensburg an einer Tankstelle von SA-Leuten erkannt. Der Verhaftung entging durch Zufall nur R. Hansen und floh auf dem Seeweg nach Dänemark. Auch die Mehrzahl des Reichsvorstandes hielt sich ab Anfang Mai im benachbarten Ausland auf und begann mit politischen Aktivitäten von außen ins Reich hinein. Als am 23. Juni 1933 die Partei per Erlaß des Innenministers Frick verboten wurde, versuchte ein Exilvorstand bereits von Prag/Tschechoslowakei aus, ein illegales Organisations- und Informationsnetz aufzubauen. Es war zwar noch mit einigen opportunistischen Hän-

[8] wie Anm. 3, 250f.

Das Heim der Arbeiterwohlfahrt besetzt.

Am gestrigen Abend wurde durch die Kriminalpolizei unter Unterstützung der SS.-Hilfspolizei das Heim der Arbeiterjugend in der alten Mittelschule durchsucht. Die Sichtung des gefundenen Materials dauert noch an. Eine halbe Stunde später wurde das Heim von der SS. besetzt und für das SS.-Büro in Beschlag belegt. Die Geschäfte der Arbeiterwohlfahrt (Verteilung der Kleidersammlung der Winterhilfe) wird durch die Frauenschaft der NSDAP. übernommen.

Ausriß aus der in Rendsburg erscheinenden „Landeszeitung" 1933.

deln versucht worden, die Parteiorganisation im Inland zu retten (Austritt aus der Sozialistischen Internationale Ende April 1933, Zustimmung zur „Friedensresolution" Hitlers Mitte Mai 1933), doch das waren nur noch politische Verzweiflungstaten im Vorfeld einer zwölfjährigen Verbots- und Leidenszeit.

II. Widerstand und Exil

Die Begriffe Widerstand und Exil lassen sich gerade auch für die Sozialdemokratie zwischen 1933 und 1945 nicht trennen, da die Widerstandsaktionen ohne die Auslandsorganisation und Personen im europäischen Exil nicht denkbar gewesen wären, mindestens hinsichtlich der Planung, politischer Strategie und Kontinuität. Für eine Würdigung des Widerstands seitens der Arbeiterbewegung müssen mindestens drei Grunderschwernisse, die von Anfang an bestanden, angeführt werden:

1. die Organisationen der Arbeiterbewegung sind bis Mitte 1933 zerschlagen worden, es gab keinen Schutz oder Rückhalt durch Institutionen
2. der Widerstand der Arbeiterbewegung kam aus der gesellschaftlich und sozial schwächsten Gruppe im Staat
3. die Entscheidung für individuellen wie organisierten Widerstand bedeutete eine Gefährdung der ganzen Familie, für die oftmals kinderreichen Arbeiterfamilien eine sehr existentielle Entscheidung auch schon in der Frühphase des NS-Deutschlands. Grundsätzlich zerfiel die Sozialdemokratie nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in vier Gruppierungen:

„– *Ein Teil der Mitglieder resignierte und zog sich von der aktiven Politik zurück. Von diesen wahrte aber der größte Teil auch weiterhin seine sozialdemokratische Gesinnung und hielt lockere Verbindungen zu Genossen im vorpolitischen Raum des Vereins- und Nachbarschaftslebens.*

– *Bisher hauptamtliche SPD-, Genossenschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre wahrten jedoch, oft auch überregional,*

den Zusammenhalt mit ihren langjährigen Freunden und Kollegen. . . .

- *Funktionäre und Mitglieder, die vor den nationalsozialistischen Verfolgern ins Ausland fliehen mußten, versuchten von dort, den innerdeutschen Widerstand zu unterstützen.*
- *Eine vierte Gruppe waren die sich in Deutschland zusammenfindenden ‚Illegalen', wie sich die heimlich gegen das NS-Regime Tätigen selber bezeichneten. Sie setzten sich oft aus jüngeren Mitgliedern der Sozialdemokratie und/oder aus unteren und mittleren Funktionären der Partei, der Gewerkschaften und besonders des Reichsbanners zusammen. . . .*"[9]

Dem sozialdemokratischen Widerstand hinzurechnen kann man auch die sehr effizienten Aktionen und illegalen Organisationen einiger linkssozialistischer Gruppen, die programmatisch zunächst eine linke Erneuerung abseits . . . von SPD und KPD suchten. Sie hatten sich z. T. schon in der Endphase der Weimarer Republik gebildet und sich auf die illegale Tätigkeit gut eingestellt. In erster Linie sind hier die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) sowie die Gruppe Neubeginnen zu nennen. Diesen Gruppen kam für ihre Arbeit ihre Zellenstruktur und klare Analyse des Faschismus sowie der Machtübernahme 1933 zugute.

Abdruck eines Drohbriefes in der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung im August 1932. Spätestens ab Frühjahr 1933 wurde damit Ernst gemacht.

Rendsburg, den 2. 8. 32.

Herr Bonze Kans!!

Wir haben Euch Lumpen noch nicht vergessen, Eurer Gewerkschaftsbude wird auch noch ein Besuch abgestattet, aber etwas besser wie bei den Rot-Front-Hallunken (Jarrs). Sucht Euch man jetzt schon einen Platz aus, wo Ihr liegen wollt.

Wir vergessen den 10. Januar noch nicht.

H. Hein † D. Reese †
K. Köhler † W. Wende †
Maschmann †

卐 Heil Hitler! 卐

Schwerpunkt der sozialdemokratischen Widerstandsarbeit war die Aufklärung der deutschen Bevölkerung wie auch des Auslands über das Hitler-Regime. Dahinter stand die Einschätzung der Parteiführung in Prag, die glaubte, daß sich

[9] Thomas Meyer, Susanne Miller, Joachim Rohlfes, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bonn 1984, 650/651

„Vernunft und Freiheitswillen im deutschen Volk durchsetzen würden und daß das deutsche Volk unter Führung der Arbeiterbewegung gegen die Diktatur Hitlers aufstehen würde;"

Hitler und das III. Reich sah die SOPADE zumindest bis 1933 als *„vorübergehende Erscheinung"* an, Hitlers Sturz erschien ihr *„unausweichlich"*[10]. So wurden über die Netze im Reichsgebiet eine ganze Reihe von illegalen Zeit- und Flugschriften verbreitet. Wichtigstes Organ wurden die „Grünen Berichte" von 1934 bis 1940, die geheimen Deutschlandberichte der Prager, später Pariser SOPADE-Führung. Über diese Berichte wurden Informationen aus dem nationalsozialistischen Deutschland gesammelt, ausgewertet und zurückgegeben. Zunächst gab es aber noch die legale Wochenzeitung „Blick in die Zeit", die von Sozialdemokraten herausgegeben und redaktionell bearbeitet wurde, u. a. von Andreas Gayk, Karl Rickers, August Rathmann und Hans Adam aus Schleswig-Holstein. Diese Publikation dokumentierte Veröffentlichungen überwiegend ausländischer Presseberichte über das Hitler-Deutschland und sorgte so für eine unverzerrte Sicht der Ereignisse. Bis zum Verbot schnellte die Auflage auf zeitweise ca. 120 000 Exemplare hoch.

Mit dem Ende der illegalen Reichsleitung der SPD in Berlin im Dezember 1934, die einer Verhaftungswelle zum Opfer fiel, wurden die Aktionen nur noch dezentral oder über die Grenzsekretariate organisiert.

Für den Bereich Hamburg, den Nordwesten, Pommern und Schleswig-Holstein war Richard Hansen aus Kiel zuständig, der das Grenzsekretariat in Kopenhagen personifizierte (siehe o. a. Karte). Nach seiner Flucht und der Verhaftung Verdiecks (Kiel) übernahmen andere die Koordination der illegalen Partei in Schleswig-Holstein, so z. B. Henning Vosgerau, der als Versicherungsvertreter von Kiel aus das Land bereiste. Zum Teil gingen solche Organisationsbemühungen auch von Hamburg aus, das für die ganze Zeit des Nazi-Deutschlands eine Hochburg des Widerstands der Arbeiterbewegung blieb. Auch die ehemaligen Konsumgeschäfte waren Treffpunkte des Informationsaustausches, ebenso Sportvereinigungen, Literaturzirkel u. a. Formen unverdächtigen Zusammenseins. Es entstand eine regelrechte Kultur der politischen Spaziergangsdiskussionen. Wichtigstes Ziel für die Nationalsozialisten war, nach den Verboten von KPD, SPD und den Gewerkschaften, die betrieblichen Verankerungen der Arbeiterbewegung zu beseitigen. Erste Betriebsratswahlen im März 1933 hatten der Rechten keine 25 % der Stimmen von Arbeitern und Angestellten gebracht. Es folgten die Entlassungswellen von Betriebsräten und in der Arbeiterbewegung engagiert gewesenen Facharbeitern, um 1934, nach Einsetzung der DAF (Deutsche Arbeitsfront), einen neuen Anfang zu nehmen. So auch auf den Werften und in den Betrieben Kiels, Lübecks, Eckernfördes und Flensburgs. Die Ergebnisse waren hier wie im gesamten Reichsgebiet für die Nationalsozialisten so miserabel, daß eine statistische Zusammenrechnung und Ausweisung nie erfolgte. Ab Frühjahr 1933 wurden insbesondere die Betriebe

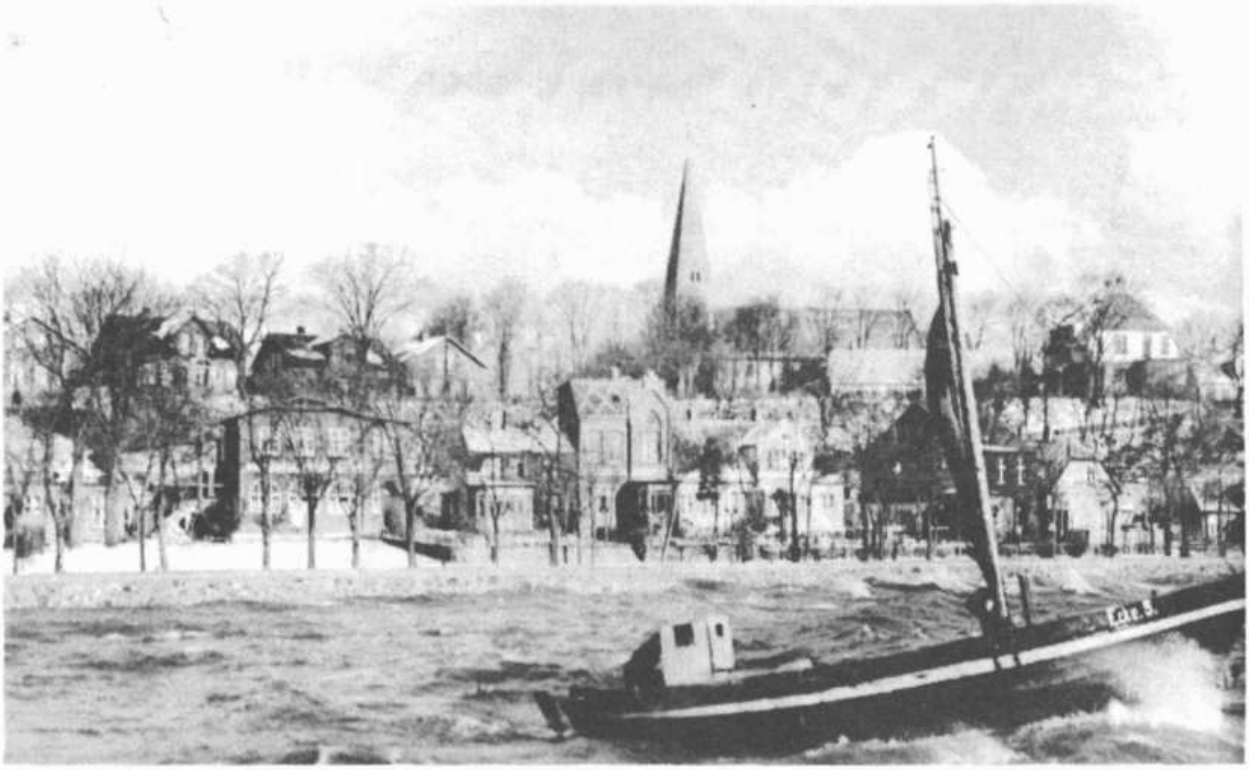
[10] Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung München, 1966, 236

[11] wie 1, 161

der Rüstungsindustrie auf das neue Regime vereidigt, so z. B. die TVA in Eckernförde. Es gab eine ganze Reihe von ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die auch ihren Platz in Positionen der DAF fanden oder in die „rote" Marine-SA eintraten; Formen der Anpassung gab es sicher ebenso viele wie Formen des Widerstehens und des Widerstandes. Auf der anderen Seite konnte Familien von Verfolgten und Entlassenen, denen auch die sozialen Rechte genommen worden waren, durch gerettete Gewerkschaftsgelder sowie Sammlungen unter zuverlässigen Genossen und Kollegen geholfen werden, wie es bei Howaldt in Kiel oder der TVA in Eckernförde geschah. Das Überleben dieser Familien lastete in dieser Zeit in der Regel auf den Frauen, die die Hauptfolgen der sozialen Entrechtung trugen.

Widerstandsaktionen in Schleswig-Holstein blieben in der Regel sehr partiell und beschränkten sich in den Jahren bis zum zweiten Weltkrieg neben der Aufrechterhaltung der Informationsnetze vor allen Dingen auf die Fluchthilfe. Schleswig-Holstein war mit seinen Verbindungen zu Skandinavien für gefährdete Personen wichtig. Immerhin hielten sich nach Angaben der SOPADE schon Ende 1934 3000 sozialdemokratische Flüchtlinge im europäischen Exil auf. In Dänemark weilten zwischen 1933 und 1940 ungefähr 170 „ständige" sozialdemokratische Emigranten, die Zahl der Flüchtlinge, die Dänemark nur als vorübergehendes Transitland nutzten, übersteigt diese Zahl allerdings beträchtlich. Die Emigranten erreichten ihr Ziel entweder auf dem Seeweg von Eckernförde oder Kiel aus oder über Harrislee bei Flensburg über die „grüne Grenze". Am Anfang war es noch relativ einfach, per KDF-Dampfer von Kiel aus für ein Wochenende in die Freiheit zu reisen oder aber die Ausflugsfahrt für den Gang ins Exil zu

Auf derartigen Booten wurden Emigranten nach Dänemark in Sicherheit gebracht. Hier ist es ein Fischerboot aus Eckernförde. Im Kreis Rendsburg und Eckernförde hatte sich nach 1933 ein Widerstandsring gebildet, der sich u. a. zum Ziel gesetzt hatte, Flüchtlinge ins Ausland zu schleusen. Auch sozialdemokratische Verfolgte wurden transportiert. Die Widerstandsgruppe bestand aus Sympathisanten oder Mitgliedern der KPD. Sozialdemokraten waren in die Aktivitäten nur im Vorfeld eingeweiht: 1936 – offenbar nach Einschleusung eines Spions – wurde die ca. 80 Personen starke Widerstandsgruppe durch die Gestapo zerschlagen. Zahlreiche „Fluchthelfer" kamen in den Konzentrationslagern 1936–1945 um. – RS



nutzen. Richard Hansen hielt zu einer ganzen Reihe von Gruppen im Inland engen Kontakt, die Kurierlinien für die Druckerzeugnisse wie Flugblätter und Zeitungen, insbesondere die „Sozialistische Aktion" organisierten. Hans Hansen, Vera und Eline Nikolaisen in Flensburg sowie die Hamburger Gruppe um Walter Schmedemann sind hier u. a. zu nennen, ebenso die Emigrantenwohngemeinschaft auf Bornholm, die sehr effiziente Arbeit leistete. Die Kurierlinien waren ohne Hilfe der dänischen Sozialdemokratie und vieler mutiger dänischer Fischer allerdings nicht denkbar, die das Material auf den abenteuerlichsten Wegen nach Deutschland einschmuggelten. Fluchthilfe leisteten in Kiel Th. Werner und A. Drobe, die am häufigsten frequentierte Schleuse ins dänische/skandinavische Exil organisierten Wilhelm Schmehl und seine Genossen in Harrislee. Die Gruppe um Schmehl arbeitete eng mit den dänischen Sozialdemokraten zusammen, die in Person von Aarge Lassen die Flüchtlinge im dänischen Frøslev übernahmen und nach Kopenhagen weiterleiteten. Hier war das dänische Matteotti-Komitee ansässig, das als Hilfsorganisation denjenigen Flüchtlingen Unterstützung geben sollte, die in Deutschland den freien Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie angehört hatten. Obwohl die Komiteespitze aus dänischen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten bestand, entschied Richard Hansen über die Anerkennung und Förderungswürdigkeit der Antragsteller. Dieser Vorgang war nicht ganz unproblematisch, da Hansen die Parteilinie der Prager SOPADE-Führung sehr konsequent vertrat. Kritik am Kurs der Parteiführung, aber auch Kontakte zu den sozialistischen Splittergruppen konnten sich für die materielle Unterstützung erschwerend auswirken. Hansens autoritärer Stil und seine rigorose Abgrenzung besonders zu den kommunistischen Emigranten, ließ in der sozialdemokratischen Exilgruppe eine Opposition wachsen, deren programmatischer Kopf Otto Buchwitz war. Die Mittel des Matteotti-Komitees für Dänemark waren sehr knapp, entsprechend reichte die Unterstützung nur unter großen Einschränkungen für den Lebensunterhalt aus. Eine Möglichkeit, etwas hinzuzuverdienen, gab es praktisch nicht, denn politischen Flüchtlingen wurden in der Regel keine Arbeitsgenehmigungen erteilt, zumal die Arbeitslosigkeit in Dänemark zu dieser Zeit an die 25–30 % reichte. Erschwerend für eine politische Arbeit war die Verpflichtung, sich nicht öffentlich politisch zu engagieren. Die Aktionen nach Deutschland hinein mußten konspirativ geleistet werden. Dahinter stand vor allen Dingen die Furcht der dänischen Regierung, mit Provokationen könnte man dem mächtigen Nachbarn Anlaß und Vorwand geben, in Dänemark gegebenenfalls zu intervenieren. So lag der Schwerpunkt des politischen Lebens der sozialdemokratischen Emigrantengruppe in internen Diskussions- und Schulungskreisen. Zu den Sozialdemokraten im dänischen Exil gehörten u. a. Kurt Heinig, Fritz Tarnow, Kurt Wurbs . . .[12].

Trotz aller Beobachtungen der Vorgänge in Deutschland wurden sie vom Einmarsch der deutschen Truppen in Däne-

[12] Karl-Werner Schunck, Exil in Skandinavien – zwei Lebensberichte Anneliese Raabke und Martin Krebs, Demokratische Geschichte I, 248/249

mark überrascht. Richard Hansen und Kurt Heinig gelang noch in der Nacht des 9. April 1940 die Flucht nach Schweden; Hansen reiste später in die USA. Die Emigranten waren nun völlig auf sich gestellt, für die Flucht nach Schweden konnten sie keine Hilfe mehr erwarten. Zwar blieb die Regierung im Amt und das Matteotti-Komitee existierte noch bis zum 1. April 1941, dennoch: Der Gestapo fielen die gesamten Emigrationsakten der dänischen Polizei in die Hände, so daß die in Dänemark verbliebenen Emigranten unter Repressalien zu leiden hatten und oftmals in Gefängnisse und Lager verbracht wurden.

Viele Emigranten flohen aber unmittelbar beim Einmarsch der deutschen Truppen im April 1940 über den Øresund nach Schweden, dem letzten Fluchtziel im von nationalsozialistischen Verbänden besetzten Skandinavien. Hilfe bekamen die Flüchtlinge vom schwedischen Roten Kreuz sowie von der schwedischen Matteotti-Hilfsorganisation, auch die Regierung nahm sich – angesichts der labilen politischen Situation und der Neutralitätspolitik Schwedens – verhalten den Emigranten an. Stockholm wurde zu einem Zentrum sozialdemokratischer Tätigkeit unter Führung des politisch toleranten Fritz Tarnow. Eine Reihe von SAP-Leuten fanden hier im Laufe der Jahre (zurück) zur SPD, darunter nicht zuletzt Willy Brandt, eine Entwicklung, die wohl auch auf ein Novum der Stockholmer Emigrantenorganisationen zurückzuführen ist. Dieses Novum war ein offener Dialog auch mit den kommunistischen Emigranten, der die SOPADE-Linie unterlief. Im Dialog mit den Kommunisten war allerdings die „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter" unter Martin Krebs treibende Kraft. Nach langem Diskussionsprozeß unter und zwischen linken Emigrantengruppen, kam es im Oktober 1944 zur Bildung des „Arbeitsausschusses deutscher antinazistischer Organisationen" aus gewerkschaftlicher Landesgruppe, FDKB, SOPADE und KPD. Ein einzigartiger Sonderfall, denn auch die gemeinsamen Leiden und Erfahrungen, die Entwicklung des Krieges, konnten die ideologischen Barrieren zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht überwinden. Der Hitler-Stalin-Pakt, insbesondere aber die starre Haltung der SOPADE-Führung in London hatten eine gemeinsame politische Arbeit nicht möglich gemacht. Zwei Monate später, im Dezember 1944 wurde in Stockholm eine offizielle, 200 Mitglieder starke sozialdemokratische Gruppe gegründet, der auch schon ein Mann namens Herbert Wehner angehörte. Obwohl ihr Einfluß auf die Londoner SOPADE-Führung eher gering war, entzündete sich mit den Genossen in England ein harter Disput bei der Deutschlandplanung, nicht zuletzt an der Frage der Einbeziehung der Kommunisten am Neuaufbau.

Die erste Phase des sozialdemokratischen Widerstandes endete mit den Jahren 1935/36, in ihr wirkte die erste „Widerstandsgeneration". Diese war geprägt durch die Auffassung, es mit dem deutschen Faschismus als einem rasch zusammenbrechenden, historisch kurzlebigen Phänomen zu tun zu haben. In der oftmals vorhandenen Einschätzung eines Wirkens unter neuen Sozialistengesetzen wurde der Terrorstaat des Hitler-Regimes unterschätzt. Diese Fehleinschätzung und die mangelnden Erfahrungen illegaler Tätigkeit waren die Ursachen für die Gestapo-Erfolge gegen den sozialdemokratischen Widerstand in den ersten Jahren des Nationalsozialismus. Hier gibt es eine gewisse Parallele zum Widerstand der Kommunisten, der ebenfalls um 1936 ausgeblutet schien. Ein wichtiger Aspekt ist sicherlich auch die These, daß man mit *„den bisherigen Widerstandsformen ... den Anschluß an die soziale Entwicklung und Mentalität der Masse der Arbeiterschaft"* verloren hatte.[13] Diese war nämlich keineswegs bereit, sich gegen das Hitler-Regime zu erheben – wie in den unzähligen Flugschriften erhofft –, sondern ließ sich durch die mit Geldmengenerhöhung, Krediten und hemmungsloser Rüstungspolitik erkauften wirtschaftlichen Erfolge des „III. Reiches" blenden. In den Jahren bis zum Krieg gab es eine Tendenz, *„die politische Aufklärungsarbeit ..."* stärker an soziale Interessen anknüpfende Aktivitäten in den Zwangsorganisationen des III. Reiches (DAF, Arbeitsdienst, Hitlerjugend) zu verlagern, also auf eine Taktik des *„Trojanischen Pferdes"*[14]. Insbesondere die Organisationsversuche der ITF (Internationalen Transportarbeiter Föderation) Edo Fimmens konnten gerade bei den Transport- und Hafenarbeitern, Seeleuten und Eisenbahnern im Norden Deutschlands einige Erfolge aufweisen. Stärkung bekamen die Betriebsoppositionen auch durch die aufgrund der Rüstungsproduktion notwendig gewordene Wiedereinstellung vieler ehemals in der Arbeiterbewegung aktiver Facharbeiter gegen Ende der 30er Jahre. Der Krieg stellte an den Widerstand wieder völlig neue Bedingungen: Durch Einberufungsbescheide zerbrachen alte Gruppen, die Unterstützung aus dem Exil mußte mit dem Kriegsverlauf ständig neu organisiert und innerbetriebliche Oppositionsnetze von Frauen übernommen werden. Gemeinsame Aktionen mit der Masse der Fremdarbeiter blieben dagegen eher Einzelfälle, das gemeinsame Interesse ließ sich nur schwer vermitteln. Größte Enttäuschung für die deutsche Opposition im In- und Ausland brachte allerdings die Haltung der ausländischen Regierungen. Nachdem das NS-Regime in den 30er Jahren, nicht zuletzt aufgrund der Appeasementpolitik des Nazi-Terrors oftmals als *„Emigrantenlügen"* abgetan wurden, blieben die Exilorganisationen auch während des Krieges politisch isoliert. Die Möglichkeit eines „anderen Deutschlands" paßte nicht in das politische Konzept der Alliierten, weder für die Zeit des Krieges, noch für eine Neuordnung nach einer Niederlage Hitler-Deutschlands.

Die diversen Formen des Widerstehens und Widerstandes wurden von den Nationalsozialisten mit einem grausamen wie

[13] wie Anm. 3, 271
[14] wie Anm. 3, 271

Der spätere sozialdemokratische Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann, im Konzentrationslager in Breslau 1933.

nahezu perfekten System des politischen Terrors bekämpft. Mit Hausdurchsuchungen, willkürlichen Mißhandlungen und Festnahmen in die sogenannte „Schutzhaft", folterähnlichen Verhörmethoden, Zuchthausstrafen und KZ-Haft sowie politischen Morden wurde versucht, die politische Opposition zu zerschlagen, auszulöschen. Dieser politische Terror überzog auch Schleswig-Holstein und forderte schnell seine Opfer auch in den Reihen der Sozialdemokratie. So wurde u. a. Julius Leber im Juni 1933 nach dreimonatiger „Schutzhaft" zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er einige in den KZs Esterwegen und Oranienburg verbrachte. Der Lübecker Redakteur und Bürgerschaftsvertreter Fritz Solmitz wurde im KZ Fuhlsbüttel mit grausamen Mißhandlungen am 13. September 1933 in den Tod getrieben. Otto Eggerstedt, ehemaliger Kieler Parteisekretär, Reichstagsabgeordneter und Polizeipräsident von Altona wurde am 12. Oktober 1933 im KZ Esterwegen bei Holzfällarbeiten von hinten erschossen. Nach Zeugenberichten ließ man ihn, durch mehrere Kugeln schwer verletzt, in den KZ-Baracken verbluten. Zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden in „Schutzhaft" genommen; bei den Vernehmungen waren schwere Mißhandlungen keine Ausnahmen, der Sozialdemokrat Oskar Nielsen, ein robuster Seemann, wurde in der Haft totgeschlagen. Es kam auch vor, daß die Gestapo von den Gefangenen mit Hilfe von Elektro-Schocks und Prügelbock Informationen und Geständnisse erfolterte. Trotzdem blieben in fast allen Städten Schleswig-Holsteins sozialdemokratische Gruppen bestehen, so z. B. in Altona und Wandsbek, Pinneberg, Lübeck, Neumünster, Kiel, Eckernförde und Flensburg. Genossen in Hamburg um Walter Schmedemann stellten illegal wöchentlich die hektographier-

ten „Roten Blätter" her, die eine Auflage von über 5000 Stück erreichten und teilweise auch nach Schleswig-Holstein weitergegeben wurden. Ebenso konnten Berichte über Folterungen im KZ Fuhlsbüttel, das berüchtigte „Kolafu", und über Haftbedingungen in den Zuchthäusern verbreitet werden. Auch die ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation) wirkte von Holland aus mit ihren antifaschistischen Schriften in das Land. Auf Anweisung des Generalsekretärs der ITF, Edo Fimmens, schuf Adolph Kummernuss bis Anfang 1934 Gruppen von Hafenarbeitern und Seeleuten in Flensburg, Kiel, Lübeck und Hamburg. Eine ca. 2–300 Personen starke Gruppe um den ehemaligen Polizeilehrer Kleineberg existierte, in Fünfergruppen operierend, einige Jahre recht effektiv. Sie leistete Unterstützung für Familien von Inhaftierten, sie verbreitete selbsthergestellte Informationsschriften auch in das Kieler Umland und diskutierte über eine programmatische Erneuerung der Sozialdemokratie

„im Geiste eines jungen, militanten Sozialismus, wie er in den ‚Neuen Blättern für den Sozialismus' und durch Carlo Mierendorff, Theodor Hambach, Kurt Schumacher und Julius Leber vertreten wurde"[16].

Die Gruppe blieb bis zu ihrer Auflösung 1936 unentdeckt, trotz gelegentlicher Verhaftungen von Mitgliedern durch die Gestapo. Ehemalige Reichsbannerleute verteilten bis Mitte 1934 in Kiel den „Neuen Vorwärts" und versuchten, *„das Gedankengut der SPD lebendig zu erhalten, damit der organisatorische Zusammenhalt aufrecht erhalten werde"*. Fast alle von ihnen wurden verhaftet und zu Strafen zwischen 1 Jahr Gefäng-

[15] Klaus Mammach, Widerstand 1933–1939 Köln, 1984, 138

[16] Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, Kiel, 1963, 114

Politische Häftlinge aus Eckernförde im Mai 1933. Zur Demütigung waren ihnen die Haare abrasiert worden. Der Polizist in der Mitte, der durch seine Anwesenheit und durch sein Verhalten die Wirkung des Bildes entschärft, glaubte noch nicht an eine längere Dauer der NS-Herrschaft. Er stellte sich deswegen noch demonstrativ neben die Verhafteten, weil er mit einem Putsch der SPD gegen die Nationalsozialisten rechnete. – RS

nis und 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Unter den Verurteilten befanden sich Kurt Funke, Karl Ratz, Wilhelm Rave und Franz Hebling. Im Juni 1936 wurde Johann Kilnow aus Flensburg für seine Aktivitäten zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Januar/Februar 1937 wurden Hans Schröder, Emil Bandholz und Genossen in Kiel verhaftet, die seit 1933 in regelmäßigen Treffen die politische Entwicklung diskutiert hatten. Später hatten sie auch antifaschistische Publikationen eingeschmuggelt, u. a. den „Neuen Vorwärts" und „Neu Beginnen", die neben ausländischen Rundfunksendungen die Gesprächsgrundlagen bildeten. Es gab über Kurt Salau auch Verbindungen zu der Gruppe um Kleineberg. Man lieferte auch Berichte über die Lage in Kieler Betrieben und stand in Kontakt zu Hamburger Genossen und zu KPD-Funktionären in Dänemark. Emil Bandholz wurde zu 3 Jahren, Hans Schröder, Julius Czygan und Adolf Ziemus zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie mußten ihre Haft zum Teil auch im KZ Sachsenhausen und in Bewährungsbataillonen verbüßen. Kurt Salau, Ludwig Staal und Hermann Marth konnten das Gefängnis nach 10monatiger Untersuchungshaft verlassen. Viele sozialdemokratische Frauen, die nach 1933 in Gesprächskreisen und Ausflugsfahrten in Kontakt geblieben waren, wurden im Rahmen einer groß angelegten Aktion von Polizei und Gestapo Anfang 1937 verhaftet und verhört, unter ihnen Emma Drewanz, Nanny Kurfürst und Gertrud Völcker. Einige Frauen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, von denen sich eine in der Haft das Leben nahm. Der ehemalige Kieler Parteisekretär, Ernst Tessloff, mußte vier Jahre im Zuchthaus verbringen. Der Kriegsbeginn im September 1939 bedeutete auch für die noch wenigen verbliebenen Gruppen überwiegend das Ende ihrer Tätigkeiten. Auch die Verbindungen zu den Emigranten in Skandinavien rissen mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Dänemark und Norwegen ab. Adolf Drobe, Verbindungsmann zum Grenzsekretariat Nord, wurde in Kiel verhaftet und saß vier Jahre im Zuchthaus Fuhlsbüttel ein. Die militärischen Anfangserfolge Hitlers brachten die Aufklärungsarbeit bei der euphorischen Bevölkerung fast zum Erliegen. Einzig die Opposition in den Rüstungsbetrieben konnte nennenswert weiterarbeiten. Mit erhöhtem Materialverbrauch, provozierten technischen Pannen, Arbeitsverzögerungen und ähnlichen Maßnahmen brachte man immer wieder etwas Sand ins Getriebe der Kriegsmaschinerie. Die Bedingungen für politische Arbeit verschärften sich zusätzlich durch den dramatischen Ausbau von Polizeistaat und mit den immer drakonischeren Strafandrohungen und Urteilen der NS-Justiz. Die Dimension der Gestapo-Allmacht mögen die folgenden Zahlen verdeutlichen: Gab es 1933 bereits 20 565 Verurteilungen für politische Vergehen, so befanden sich 1939 ungefähr 162 000 „Schutzhäftlinge", 27 000 politische Angeklagte und 112 000 wegen „politischer Vergehen" Verurteilte in Deutschlands Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im 1. Halbjahr 1944 mit nicht weniger als 250 000 Verhaftungen. In Kiel fing seit den

ersten Tagen der Nazi-Diktatur die „Blume", das Polizeipräsidium in der Blumenstraße, die Verhaftungswellen auf. In Kooperation mit dem Gestapohauptquartier in der Düppel/Moltkestraße wurden hier die politischen Oppositionellen verhört, mißhandelt und im anliegenden Gefängnistrakt inhaftiert. Die ansteigende Zahl von Verhaftungen konnte die „Blume" spätestens 1942 nicht mehr bewältigen, die Gestapo errichte Anfang 1943 an der Rendsburger Landstraße die Polizeibaracke „Drachensee."

Eine nur vorübergehende Lösung, denn im Mai 1944 wurde mit dem Bau des „Arbeitserziehungslagers Nordmark" begonnen. Das Lager füllte sich schnell mit Ostarbeitern, Zwangsarbeitern, britischen Kriegsgefangenen, aber auch nach der berüchtigten „Gewitteraktion" des RSHA (Reichssicherheitshauptamt) vom 22.08.1944 mit deutschen Oppositionellen. Diese reichsweiten Verhaftungsaktionen nach teilweise alten Listen trafen nicht nur aktive Widerstandskämpfer, sondern auch viele, die zur Weimarer Zeit dem antifaschistischen Teil der Deutschen zugehört und ihn verkörpert hatten. Die „Gewitteraktion" war die Reaktion der Nazis auf das Attentat des 20. Juli 1944 auf Hitler. Julius Leber, der ehemalige Lübecker Reichstagsabgeordnete, der durch seine Beteiligung am 20. Juli zu einer Symbolfigur des Widerstandes gegen Hitler wurde, war nach seiner Haftentlassung 1935 in Berlin geblieben und hatte über Lübecker Jungsozialisten um Karl Regling Kontakt nach Schleswig-Holstein gehalten. Leber gehörte zum inneren Zirkel des „Kreisauer Kreises", dem unter Führung von H. James Graf von Moltke Sozialisten, Konservative, Liberale, engagierte Christen aus allen Schichten sowie ranghohe Militärs angehörten und der in enger Verbindung zur Stauffenberggruppe stand. Die sozialdemokratischen Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli 1944 standen ausschließlich über Fritz Tarnow in Stockholm mit der Exil-SPD und dem Parteivorstand in London in Kontakt, so daß der 20. Juli auch die sozialdemokratischen Emigranten völlig überraschte.[17] Die Beteiligung Wilhelm Leuschners, Theodor Haubachs und Julius Lebers an dem gescheiterten Attentat löste nicht nur bei den Exilsozialisten und beim ISK Kritik aus, insbesondere der Einfluß des konservativen Goerdeler-Kreises auf die Neuordnungsvorstellungen sowie die Isolierung des „*Generalputsches*" von der Arbeiteropposition hätten wohl nur wenige „*qualitative Veränderungen*" mit sich gebracht. Die Kritik war immerhin so heftig, daß der Parteivorstand eine öffentliche Rechtfertigung für die Beteiligung Leuschners, der als Vizekanzler vorgesehen war, erlassen mußte.[18]

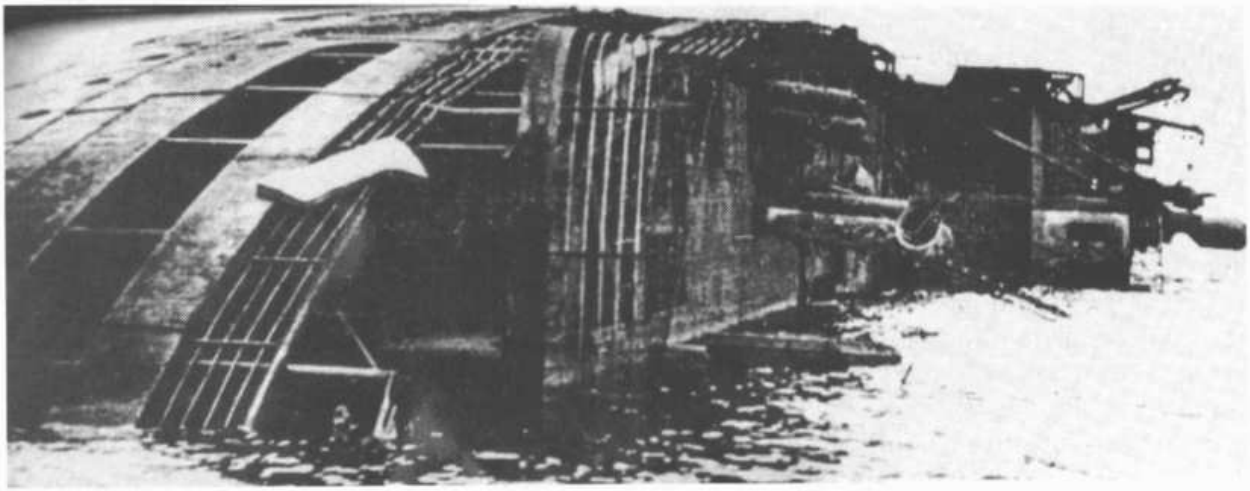
Leuschner, Haubach und Leber wurden im September 1944 bzw. Januar 1945 in Berlin Plötzensee hingerichtet. Die moralische Qualität ihres Widerstandes spiegeln die Worte Lebers wider, die er vor seinem Tod seinen Freunden übermittelte:

„Für eine gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders ausgegangen ist."

[17] Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 40–45, Bonn, 1973, 174
[18] ebd., 175

Sie sollten nicht die letzten Opfer des Nazi-Terrors sein. Das AEL „Nordmark" war schnell zum KZ Russee geworden, mit all den obligaten Einrichtungen, sogar ein Krematorium befand sich noch im Bau. Das Lager schwoll Ende 1944 auf an die 2000 Häftlinge an, viele wurden erschossen oder erhängt, andere starben an Unterernährung oder an Erschöpfung. Die verhafteten Sozialdemokraten saßen überwiegend im überfüllten Kieler Polizeigefängnis ein, unter zum Teil menschenunwürdigen Haftbedingungen. In der Lübecker Bucht spielte sich am 3. Mai 1945 die letzte Tragödie ab; viele, die das Ende von Krieg und Nazi-Herrschaft schon vor den Augen zu haben glaubten, sollten ihre Befreiung nicht mehr erleben. Am 17. April 1945 kam aus Berlin der Befehl, das KZ Neuengamme zu evakuieren. Die Häftlinge sollten bei Lübeck auf vier Schiffe verladen werden, mit Kurs: Freie Ostsee. Nach qualvollem Transport per Zug und Fußmarsch erreichten die völlig entkräfteten Häftlinge ihr Ziel und wurden auf die Schiffe „Cap Arcona" und „Thielbeck" verladen, 7–8000 Menschen auf allerengstem Raum zusammengepfercht. Am 3. Mai 1945 wurden sie irrtümlich das Ziel eines britischen Bombenangriffs. Die beiden Schiffe gingen sofort in Flammen auf und sanken in wenigen Minuten auf der Seite liegend ab. Bis auf 5–600 fanden alle den Tod, unter den Opfern waren nicht wenige Sozialdemokraten wie der ehemalige schleswig-holsteinische Bezirksvorsitzende Willi Verdieck, Richard Vosgerau, der ehemalige Reichsabgeordnete Max Richter aus Neumünster und viele weitere.

Die Cap Arcona nach dem irrtümlichen Bombenangriff der Briten im Mai 1945. Tausende von entkräfteten KZ-Häftlingen, deren Befreiung jede Stunde bevorstehen hätte können, fanden den Tod. Unter ihnen auch ein Teil der ehemaligen Führungsspitze der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie: Willy Verdieck, Richard Vosgerau, Max Richter und viele andere.



Die Lücken in den Reihen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie waren bei Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren unübersehbar groß, NS-Terror und Krieg hatten sie gerissen. Die nachstehenden Namen sollen stellvertretend für die vielen Opfer aus den Reihen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie stehen, die das NS-Regime forderte. Dabei sollen auch die Leiden der Überlebenden wie KZ-Haft, Zuchthausstrafen, Folterungen und Mißhandlungen, Hunger und Entbehrungen, Emigration und vieles mehr nicht vergessen werden . . .

Liste sozialdemokratischer Opfer 1933–1945 aus Schleswig-Holstein (unvollständig)

Basedow, Johann	Geesthacht
Boschen, Heinrich	Pinneberg
Brookes, Johann	Lübeck
Eggerstedt, Otto	Kiel/Altona
Feddersen, H.	Westerland
Fick, Karl	Stockelsdorf
Grambow, Karl	Düneberg
Grimm, Max	Lübeck
Heinrich, Hermann	Lübeck ?
Henning, Max	Neumünster
Hohnsbehn, Walter	Westerland
Jessen, Karl	Westerland
Köster, Hinrich	Kappeln
Kripfgans, Walter	Lübeck ?
Leber, Julius	Lübeck
Matz, O.	Westerland
Matzke, Konrad	Neumünster
Nielsen, Oskar	Kiel
Ralfs, Otto	Kellinghusen
Richter, Max	Neumünster
Schefe, Ernst	Schwarzenbeck
Schmelke, ?	Heide
Schmidt, Willy	Pinneberg
Schnoor, Edmund	Kiel
Solmitz, Fritz	Lübeck
Spiegel, Wilhelm	Kiel
Ulrich, Karl	Eutin
Vosgerau, Richard	Borby
Verdieck, Willy	Kiel
Woltmann, Wilhelm	Düneberg
Zehr, Julius	Kiel
(Kantorowicz, Ernst	Kiel)

nach Franz Osterroth

IV. Programmatische Wechselbäder

Abschließend soll noch kurz auf die programmatischen Diskussionen und Zukunftsentwürfe für das Nachkriegsdeutschland eingegangen werden, die einen wesentlichen Teil der politischen Tätigkeit von Parteivorstand, aber auch von einzelnen Gruppen im Exil und in der Illegalität ausmachten. Schon in der ersten Ausgabe des „Neuen Vorwärts" vom 18. Juni 1933 kündigte sich eine Rückkehr zu alten Vokabeln an:

„Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus!"[19]

Insbesondere der linkssozialistische Widerstand von SAP, ISK und der Gruppe „Neu Beginnen", dem sich viele von der Haltung der SPD- und ADGB-Führungen enttäuschte Sozial-

[19] wie Anm. 2, 159

demokraten und auch Gewerkschafter zuwandten, zwang die Parteiführung zur Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle, dem eigenen Versagen und zum Formulieren neuer Positionen, wie man auf die entstandene Situation reagieren sollte. Es kam mit dem „Prager Manifest", das der Exilvorstand im Jahr 1934 veröffentlichte, zu einer vitalen Reideologisierung. Einige Kernsätze aus dem Aufruf mögen dieses verdeutlichen: Zur eigenen politischen Strategie 1933 gab es eine deutliche Kritik und eine neue Definition des eigenen „Kampfes" gegen den Faschismus:

„Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es keinen Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte. . . . Der revolutionäre Kampf erfordert die revolutionäre Organisation. . . . Neue Organisationsformen mit opferbereiten Kämpfern müssen entstehen."[20]

Zum Sturz der Diktatur des Nationalsozialismus hieß es, der Sieg über den Faschismus werde

„. . . sich ergeben, wenn die Bedingungen einer objektiv revolutionären Situation ausgenützt werden von einer entschlossen von radikalem Kampfgeist durchseelten, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus."

Der vom linken Parteitheoretiker Rudolf Hilferding entworfene Text benannte auch deutlich den Anteil der Sozialdemokratie am Geburtsfehler der Weimarer Republik:

„Daß sie (die SPD, Anm. d. Verf.) *den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler . . . Die neue Situation schließt jede Wiederholung aus."*

Folgerichtig benannte der Text als Sofortmaßnahmen einer revolutionären Regierung u. a. die Forderungen nach *„Aburteilung der Staatsverbrecher", „grundlegende Umgestaltung der Justiz", „Reinigung der Bürokratie", „Zerschlagung des alten politischen Apparats"* durch *„sofortige entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer"* und *„der Schwerindustrie"* sowie die *„Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken"*. Erst danach werde man mit der *„Einberufung einer Volksvertretung"* den *„Aufbau eines freien Staatswesens"* beginnen. Im Schlußteil des Textes deutete sich die Öffnung zum Dialog auch mit den Kommunisten an:

„Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig."

Nachdem der siebte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 die Abkehr von der Sozialfaschismusthese hinsichtlich der Sozialdemokratie zu Gunsten von Volksfrontstrategien einleitete, kam es kurzfristig zu ernsthaften Dialogbemühungen zwischen SPD- und KPD-Führung. Ende 1935/ Anfang 1936 verhandelten Hans Vogel für die SOPADE und Franz Dahlem für die KPD. Das unüberwindbare Mißtrauen auf beiden Seiten ließ jedoch die Bemühungen schnell scheitern. Die sozialdemokratische Führung sah sich durch die späteren Rechtfertigungen der Politik Stalins durch die deutsche KP-Führung in ihrer starren Haltung bestätigt: Die Schauprozesse in der UdSSR seit 1936, die stalinistischen Verbre-

[20] Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln, 1978, 128–136

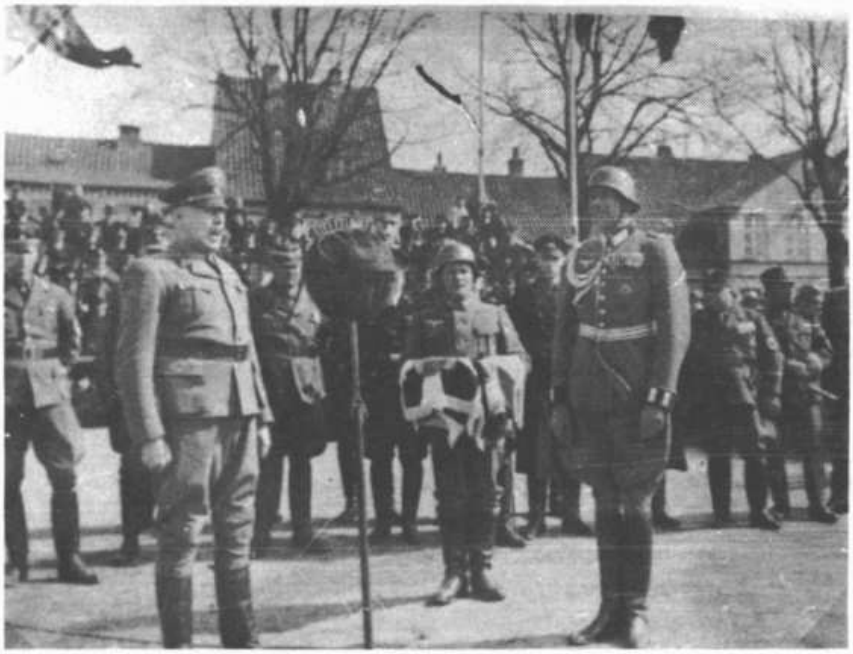
chen gegen Anarchisten, Trotzkisten und Sozialisten im spanischen Bürgerkrieg 1937/38 und vor allen Dingen der Hitler-Stalin-Pakt schockierten viele Sozialdemokraten und stabilisierten die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung auch während der folgenden Kriegsjahre. Eine vorsichtige Wiederbelebung des Dialogs um Einheitsbemühungen während des Krieges war dann auch von seiten der Sozialdemokratie von vornherein zum Scheitern verurteilt, die beschriebene Entwicklung in Schweden blieb die einzige breitere Kooperation von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Exilgruppen.

Auch die stärker marxistisch orientierten Positionen des „Prager Manifestes" wirkten nicht mal mittelfristig auf die praktische Politik der SOPADE ein. Bereits im Januar 1936 ließ der Parteivorstand das Manifest *„Für Deutschland gegen Hitler"* folgen, das eine neuerliche reformistische Grundhaltung ankündigte und sich an humanistischen und demokratischen Werten orientierte. So blieb das „Prager Manifest" Episode, wenngleich es für den linken Flügel der Partei weiter programmatische Orientierung blieb. Anfang der 40er Jahre gewannen auch die Modelle des britischen und skandinavischen Sozialismus (vorübergehend) Einfluß auf die Diskussion, erklärbar aus den zahlreichen Kontakten der Exilgruppen zur britischen Labour-Partei und den sozialdemokratischen Parteien in Dänemark, Norwegen und Schweden. Die Vorstellungen für eine Neuordnung Nachkriegsdeutschlands blieben dennoch kontrovers, auch die „Union deutscher sozialistischer Gruppen in Großbritannien", zu der sich die sozialistischen Kleinorganisationen und die SOPADE zusammenschlossen, schaffte bis zum Kriegsende lediglich, die *„Richtlinien für die internationale Politik"* zu beschließen.

In den illegalen sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland begannen Anfang 1945 die ersten Vorbereitungen auf den Zeitpunkt der Befreiung vom Nationalsozialismus. Vielerorts vollzogen sich ab Januar 1945 die Vorbereitungen für eine Neukonstituierung der Partei. In Lübeck und Kiel entstanden um diese Zeit die „Stubenzirkel", die sich weniger mit globalen Überlegungen beschäftigen, als vielmehr die kommenden Aufgaben vor Ort besprachen: Wiederaufbau und Neuorganisation der lokalen wie regionalen Parteigliederungen, kommunale Probleme und Bedingungen für die politische Arbeit im befreiten Deutschland, selbst personelle Aufgabenverteilungen wurden detailliert diskutiert. Getroffen wurde sich unter strenger Geheimhaltung in wechselnden Wohnungen, Aufzeichnungen wurden zur Sicherheit der beteiligten Personen nicht angefertigt; die Gestapo diktierte den Gruppen den konspirativen Charakter. In Kiel bildeten sich eine ganze Reihe von Zirkeln, die sich teilweise regelmäßig, teilweise sporadisch trafen, z. B. die Gruppen um Albert Witte und Otto Engel (später „Witte-Kreis" und „Engel-Kreis"), Karl Ratz, Hein Wulff, Fiete Wendel, Frieda Döbel, Emil Hackne, Walter Rapche, Hans Schröder . . .[21]. Konsens war die Reaktivierung der Partei in ihrem traditionellen Aufbau, von Ortsverein hinauf zu Parteivorstand und -ausschuß. Karl Ratz sollte als Vor-

[21] AK „Demokratische Geschichte", Wir sind das Bauvolk, Kiel, 1985, 31 ff. (Aufsatz Ulrich Schilf)

In Stubenzirkeln wurde über die Zukunft diskutiert, an anderer Stelle wurde die Vergangenheit ausradiert: Der spätere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Lemke als NS-Bürgermeister in Schleswig-Holstein. Diese Vergangenheit sollte ihm nie zu einem Nachteil gereichen.



sitzender für die Kieler Parteigliederung nominiert werden. In Lübeck existierten ebenfalls derartige Kreise.

Die „Stubenzirkel" bestanden weiter bis zur Wiederzulassung der Partei im September 1945, in ihnen wirkte schon das Ortsvereinswesen der kommenden Jahre, beseelt von großen Hoffnungen auf einen Neuanfang, auf eine Federführung der Arbeiterbewegung beim Entwurf eines *„freien, friedlichen, sozialistischen Deutschlands"*, wie es das Manifest von Sozialisten und Kommunisten des Konzentrationslagers Buchenwald am 13. April 1945 von der Welt forderte.[22]

[22] nicht zitierte benutzte Literatur: Kurt Hamer, Karl-Werner Schunck, Rolf Schwarz (Hrsg.), Vergessen und Verdrängt, Eckernförde, 1984, div. Art. Klaus Mammach, Widerstand 1933–1939, Köln, 1984, S. 18–22/116–140/263–274. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt, Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal, 1976, S. 50–64.